

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Keine Verlängerung der Stadtautobahn A 100 – Ausbau der Infrastruktur für den Umweltverbund

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf die Verlängerung der Stadtautobahn 100 vom Autobahnkreuz Neukölln zum Treptower Park zu verzichten und sämtliche Planungen dazu einzustellen.

Ferner wird der Senat aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung anzustreben, dass die vom Bund zugesagten Mittel für den Autobahnbau in Infrastrukturprojekte zugunsten des Umweltverbundes verwendet werden können.

Der Eigenanteil des Landes an den Kosten und Aufwendungen für den Autobahnbau ist ebenfalls zugunsten von Maßnahmen des Umweltverbundes – wie z.B. eine Beschleunigung des Aufzugprogramms im ÖPNV – zu verwenden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Oktober 2007 zu berichten.

Begründung:

Der geplante Weiterbau der A100 ist verkehrs- und klimapolitisch unsinnig. Straßenneubau beseitigt keine Verkehrsprobleme, allenfalls führt er zur Verkehrsverlagerung. Straßenneubau schafft Platz für mehr Autoverkehr und führt zu erheblichem Flächenverbrauch. Deshalb ist weiterer Straßen- und Autobahnneubau in Berlin grundsätzlich abzulehnen. Es gibt hinreichend viele Straßenverbindungen in allen Ortsteilen.

Dieser geplante Autobahnabschnitt soll eine attraktive Straßenverbindung direkt in die Innenstadt schaffen. Damit wird der Autoverkehr dahin gelenkt, wo er eigentlich herausgehalten werden soll.

Die Autobahn wird zwar über Bundesmittel finanziert, erfordert aber erhebliche landeseigene Investitionen. Die Planungskosten, die auch die Kosten für juristische Auseinandersetzungen beinhalten, betragen zwischen 10 und 20 % der Baukosten. Sie müssen vom Land Berlin getragen werden. Der Straßenumbau an den Einmündungen der Autobahn muss ebenfalls durch Berlin finanziert werden und beträgt mindestens 6 Millionen Euro.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Berlin soll diese Eigenmittel in die Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur investieren, beispielsweise in ein Aufzugsprogramm für U-Bahnhöfe oder für attraktivere und sichere Radverkehrsanlagen.

Um auch die Bundesmittel für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur zu sichern, soll Berlin eine Bundesratsinitiative ergreifen mit dem Ziel, den Ländern zu ermöglichen, Bundeszuwendungen für den Autobahnneubau in Projekte des Umweltverbundes zu investieren. Dies ist nicht nur klimapolitisch notwendig. Es ist auch eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der vorhandenen Straßen. Schon heute ist der bauliche Unterhalt der Straßenverkehrsinfrastruktur nicht mehr ausfinanziert. Weitere Straßen- und Autobahnneubauten würden diese Probleme verschärfen.

Berlin, den 26. Juni 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Hämmerling
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen